

## **Verantwortung für Dülmen**

### Haushalt 2026 zwischen Konsolidierung, Investitionen und langfristiger Handlungsfähigkeit

*(Sperrfrist 05.03.2026 19 Uhr – Es gilt das gesprochene Wort)*

#### ***Einleitung***

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen aus Rat und Verwaltung,  
sehr geehrte Damen und Herren,

wir beraten heute den Haushalt 2026. Es ist kein Haushalt der großen Versprechen, sondern ein Haushalt der Verantwortung. Genau dafür steht die CDU-Fraktion: für Realismus, für Prioritätensetzung und für Verlässlichkeit gegenüber den Menschen in unserer Stadt.

#### ***Ursachen der Haushaltslage – Konnexität nicht eingehalten***

Die angespannte Haushaltslage ist nicht hausgemacht. Seit vielen Jahren übertragen Bund und Land immer neue Aufgaben auf die Kommunen – im sozialen Bereich, in der Verwaltung, im Ordnungs- und Planungsrecht – ohne diese Aufgaben dauerhaft und auskömmlich zu finanzieren. Fast jeder zweite Euro der Ausgabenpositionen bezieht sich auf die Transferleistungen mit über 82 Millionen Euro. Die größten Positionen sind durch uns in Dülmen nicht zu beeinflussen. Nur einige Beispiele: die Kreisumlage mit rund 28 Millionen Euro, die Betriebskostenzuschüsse für Kindergärten freier Träger mit mehr als 20 Millionen sowie rund 14 Millionen Euro Jugendhilfeleistungen.

Der Grundsatz der Konnexität – wer bestellt, bezahlt – wird seit Jahren versprochen. In der Realität aber wurde er immer wieder nicht eingehalten. Ob Kita-Qualitätsgesetz, Ganztagsanspruch, Jugendstärkungsgesetz, Bürgergeldreform oder Wohngeld-Plus – die Muster sind immer gleich: Neue Standards. Neue Rechtsansprüche. Neue Aufgaben. Aber keine dauerhaft auskömmliche Finanzierung.

Wir hoffen, dass die jetzige Vereinbarung in Berlin, das Prinzip auf Bundesebene zu verankern, auch Bestand hat! Allerdings sehe ich nicht, dass die Bundesregierung die finanziellen Auswirkungen früherer Entscheidungen korrigiert. Auch auf Landesebene wurden finanzielle Auswirkungen bislang nie zurückgedreht. Die Folgen tragen die Städte und Gemeinden – und damit die Menschen vor Ort. Die Ankündigungen zur sinnvollen künftigen Sprachförderung von Vorschulkindern in sogenannte ABC-Klassen, lässt leider auch schon wieder befürchten, dass die dafür dann bereitgestellten Mittel auch nicht kostendeckend sein werden...

Wir brauchen eine grundsätzliche Reform der Finanzierung der Kommunen und eine verlässliche Einnahmensituation. Seit Jahren werden diese Forderungen ignoriert, unabhängig von der jeweiligen Regierungsverantwortung.

### ***Bürokratieabbau – richtig, aber nicht ausreichend***

Wir begrüßen ausdrücklich die angekündigten Maßnahmen von Bund und Land zum Bürokratieabbau. Aber wir sagen auch klar: Selbst, wenn diese Maßnahmen greifen, werden sie allein nicht ausreichen oder zu spät wirken, um die strukturellen Belastungen der Kommunen kurzfristig auszugleichen.

Deshalb dürfen wir uns nicht darauf verlassen, dass Entlastung ausschließlich von oben kommt. Wir müssen auch vor Ort Verantwortung übernehmen und kreative Ideen entwickeln und umsetzen.

### ***Steuerpolitik – einmalige Erhöhung, keine Dauerlösung für weitere Defizite***

Ja, mit diesem Haushaltsbeschluss werden Steuern erhöht. Diese Entscheidung ist niemandem leichtgefallen. Für uns als CDU-Fraktion ist aber ebenso klar: Weitere Steuererhöhungen in der Zukunft dürfen wir nicht als Lösung für die Eindämmung weiterer Defizite ansehen.

Unsere Stadt liegt bereits heute im kommunalen Vergleich über den vom Land festgelegten sogenannten fiktiven Hebesätzen, die bei der Berechnung der kommunalen Finanzkraft zugrunde gelegt werden. Die Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen haben in den letzten Jahren bereits eine Vielzahl von zusätzlichen Belastungen auf sich nehmen müssen. Dieser Trend ist leider weiter absehbar, so dass aus unserer Sicht im Planungshorizont keine weiteren Steuererhöhungen vorgenommen werden können.

### ***Jugend, Familie und Bildung – größte Dynamik im Haushalt***

Besonders deutlich wird die strukturelle Belastung im Bereich Jugend und Familie. Die Aufwendungen für Jugendhilfe, die Betriebskosten für Kindergärten, die Finanzierung der Offenen Ganztagschule – all das wächst kontinuierlich. Und mit dem kommenden Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter wird dieser Bereich weiter an Bedeutung gewinnen. Aber lassen Sie uns eines ganz klar sagen: Diese Ausgaben sind keine freiwilligen Extras. Die deutlichen Kostensteigerungen – insbesondere im Bereich der Unterbringung außerhalb der Familie – spiegeln zudem gesellschaftliche Entwicklungen wider. Wir stehen zu diesen Schwerpunkten, sie sind Ausdruck unserer Verantwortung.

Der Zuschussbedarf der Offenen Ganztagschule steigt 2026 deutlich an. Allein die Gesamtaufwendungen liegen rund 245.000 Euro über dem Vorjahr. Das ist kein Ausreißer, sondern Ausdruck einer strukturellen Entwicklung – insbesondere mit Blick auf den kommenden Rechtsanspruch. Mit einem kommunalen Zuschussbedarf von rund 977.000 Euro bekennen wir uns bewusst zur Aufrechterhaltung und

Bezahlbarkeit dieses Angebots. Die Offene Ganztagschule ist längst mehr als eine Nachmittagsbetreuung. Sie ist Bildungsort, Integrationsraum und ein zentraler Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wer Eltern echte Wahlfreiheit ermöglichen will, wer Chancengerechtigkeit ernst nimmt, der muss Ganztagsangebote verlässlich finanzieren.

Gleichzeitig investieren wir massiv in die frühkindliche Bildung. Mit einer U3-Betreuungsquote von 58,3 Prozent liegen wir deutlich über dem Landesdurchschnitt in Nordrhein-Westfalen. Im Ü3-Bereich erfüllen wir den Rechtsanspruch zu 100 Prozent.

Das zeigt: Wir reden nicht nur über Familienfreundlichkeit – wir setzen sie um. Diese Investitionen sind kein Luxus. Sie sind Bildungs-, Familien- und Standortpolitik zugleich. Eine starke Betreuungsinfrastruktur entscheidet über Erwerbsbeteiligung, Fachkräftesicherung, Integration und langfristige Bildungsbiografien. Aber wir dürfen die haushaltspolitische Dimension nicht ausblenden: Kindertagesbetreuung und Ganztag gehören inzwischen zu den größten strukturellen Kostenblöcken im Haushalt.

Wer hohe Betreuungsquoten will – und wir wollen sie –, wer Qualität sichern will, wer Rechtsansprüche erfüllt, der muss auch bereit sein, die dauerhaften Betriebskosten zu tragen. Und genau das tun wir.

Gleichzeitig müssen wir verantwortungsvoll planen.

Die sich abzeichnenden Rückgänge bei den künftig zu betreuenden Kinderzahlen dürfen wir nicht ignorieren. Sie eröffnen die Chance, Strukturen vorausschauend anzupassen und perspektivisch zur Verringerung der Defizite beizutragen.

### ***Investitionen – Sicherheit und Zukunft***

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen investieren wir mit richtungsweisenden Projekten gezielt in die Zukunft.

Ein zentrales Projekt ist der Neubau der Feuer- und Rettungswache. Diese Investition dient dem Schutz der Bevölkerung, der Sicherheit unserer ehren- und hauptamtlichen Einsatzkräfte sowie der Zukunftsfähigkeit des Brandschutzes in unserer Stadt.

Ebenso bedeutend sind die Schulneubauten und -erweiterungen. Sie sichern ausreichende Schulraumkapazitäten, zeitgemäße Lernbedingungen und pädagogische Qualität für kommende Generationen.

Hinzu kommen Investitionen in Kitas und Betreuungsinfrastruktur, in den Hoch- und Tiefbau zur Sicherung und Sanierung kommunaler Gebäude sowie in die Digitalisierung der Verwaltung. Diese Investitionen sind keine Luxusprojekte, sondern notwendige Maßnahmen zur Sicherung von Infrastruktur, Bildung und Leistungsfähigkeit.

---

***ISEK-Maßnahmen ab 2027 – sinnvolle Maßnahmen dennoch keine Automatismen***

Vor dem Hintergrund von mittel- bis langfristigen Sanierungsbedarfen sehen wir die Notwendigkeit der im Rahmen des integrierten Stadtentwicklungskonzepts vorgesehenen Maßnahmen, die in diesem und in den Folgejahren geplant sind. Dennoch wollen wir Prioritäten ab 2027 ändern und legen einen großen Wert auf die Verträglichkeit der Baumaßnahmen im Sinne der Nutzerinnen/Nutzer und Besucherinnen/Besucher der Innenstadt.

Daher wird jede einzelne Maßnahme bei jeder Haushaltsaufstellung neu zu bewerten sein – im Lichte der dann aktuellen Haushaltslage, der Auswirkungen der Einschränkungen und im Zusammenhang mit weiteren anstehenden Investitionen. Verantwortung heißt für uns: Prioritäten immer wieder neu zu prüfen.

***Investitionsdisziplin und Prüfung der Standards***

Die Summe aller bisher geplanten Investitionsprojekte der kommenden Jahre wird die Verschuldung der Stadt weiter steigern und die Zinslasten erhöhen. Die Kosten für den geplanten Campus – also die Nachfolgelösung für die Hermann-Leeser- und die Kardinal-von-Galen-Schule – sind in der aktuellen Mittelfristplanung noch nicht vollständig abgebildet. Einer Fraktion geht die Planung daher nicht schnell genug – eine andere Fraktion möchte die Planung komplett stoppen. Wenn Kritik von unterschiedlichen Seiten kommt, zeigt das zumindest, dass wir einen ausgewogenen Weg gewählt haben. Wir stehen zu den bisherigen Planungen. Alle auf den Weg gebrachten Projekte stellen für die CDU-Fraktion notwendige Investitionen dar. Gleichzeitig müssen wir z. B. bei der Herrichtung von Fahrradstraßen auch die Standards der Umgestaltung in den Blick nehmen. Geringere Standards können die Umsetzung beschleunigen und in jedem Fall auch Kosten sparen und weitere kleine Maßnahmen wie die Sanierungen von Gehsteigen, um vorhandene Einschränkungen beispielsweise für Menschen mit Rollatoren oder Kinderwagen schneller zu beseitigen, umsetzen zu können. Nur die Aufstellung eines Konzeptes zur Verbesserung der Gehwege ist perspektivisch nicht ausreichend.

Zusätzlich müssen wir auch festhalten, dass wir weitere Großprojekte in den nächsten Jahren nicht mehr stemmen können. Gleichzeitig fordern wir mehr Tempo, um nicht mehr benötigte Gebäude aufzugeben. Die in der Gebäudestrategie als aufzugebende Immobilien ermittelten Gebäude müssen auch tatsächlich freigezogen werden, damit die Flächen vermarktet werden können. Beispielsweise sollte die alte Paul-Gerhardt-Schule an der Paul-Gerhardt-Straße noch einmal in den Blick genommen werden, wenn das Gebäude aus Brandschutzgründen nicht mehr von sozial-caritativ tätigen Vereinen genutzt wird. Dazu sollte auch die Unterbringung der weiteren Nutzungen noch einmal geprüft werden. Volkshochschule und Musikschule nutzen ihre Räumlichkeiten in der Regel nachmittags, vielleicht stehen

doch Gebäude zur Verfügung bei denen Räumlichkeiten, die heute nur vormittags genutzt werden, für eine multifunktionale Nutzung zur Verfügung.

### ***Schutz freiwilliger Leistungen – kein Kahlschlag sinnvoller Strukturen***

Gleichzeitig möchte ich betonen, dass für uns eine Schließung freiwilliger Einrichtungen wie Musikschule oder Stadtbücherei nicht in Frage kommt – das lehnen wir ab! Ebenso lehnen wir deutliche Kürzungen bei Kultur-, Sport-, Vereins- und Ehrenamtsförderung ab.

Diese Angebote prägen das gesellschaftliche Leben in unserer Stadt. Ihr Wegfall hätte direkte Auswirkungen auf die Menschen – gerade in Zeiten steigender Energie- und Lebenshaltungskosten. Sollte sich die wirtschaftliche Lage dauerhaft nicht verbessern, werden wir Prioritäten neu bewerten müssen. Dabei ist mir allerdings wichtig, dass dann gegebenenfalls notwendige Einschränkungen mit Augenmaß umgesetzt werden und alle Profiteure freiwilliger Leistungen in gleichem Maße betreffen.

### ***Familien nicht zusätzlich belasten***

Das gilt auch für Leistungen für Familien. Wir wollen keine übermäßige Erhöhung der Beiträge für Kitas und OGS, indem kommunale Zuschüsse an Träger gestrichen werden. Familien dürfen nicht zum Ausgleichsposten der Haushaltskonsolidierung werden. Entlastungen können wir uns an dieser Stelle aber auch nicht leisten.

### ***Moderner Verwaltungsvollzug – Konsolidierung durch Effizienz***

Der Haushaltsentwurf setzt bereits wichtige Impulse – etwa durch Stellensteuerung und Wiederbesetzungssperren. Doch wir müssen weiterdenken. Nicht jede Tätigkeit muss mit gleicher Intensität verfolgt werden. Nicht jeder Vorgang erfordert maximale Prüftiefe.

Was wir brauchen, ist ein risikoorientierter Ansatz:

- angemessene Prüfungsintensität dort, wo es rechtlich oder finanziell geboten ist,
- pragmatische Verfahren dort, wo Risiken gering sind.

Wir setzen auf eine Weiterentwicklung des Verwaltungshandelns. Ein Ansatz ist das Paretoprinzip – durch Konzentration auf das Wesentliche, Priorisierungen bei komplexen oder dringlichen Vorgängen, risikoorientierte Prüfungen, Vermeidung von Doppelprüfungen und Doppelarbeit – können Ressourcen effizienter eingesetzt werden. Selbstverständlich werden weiterhin alle Pflichtaufgaben erfüllt, aber mit Augenmaß und Verhältnismäßigkeit. Ein Beispiel ist die pragmatische Umsetzung des vereinfachten Vergaberechts.

Der Kreis Coesfeld geht sogar noch weiter. Bei der Haushaltsverabschiedung wurde beschlossen, dass durch Digitalisierung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) sowie von Robotic Process Automation (Robotic) auf einen Stellenaufbau

verzichtet wird und bestenfalls sogar die tariflichen Steigerungen kompensiert werden. Die Kreisverwaltung wird die Fortschritte der Digitalisierung zweimal im Jahr im Fachausschuss vorstellen. Dabei soll auch darauf eingegangen werden, welche Prozesse verschlankt/optimiert wurden, ob und an welcher Stelle KI/Robotic die Mitarbeitenden entlastet hat und welche Auswirkungen es hatte. Das können auch kürzere Bearbeitungszeiten etc. sein.

Diesen Ansatz müssen wir auch verfolgen: Wenn wir standardisierte Prozesse automatisieren – etwa bei Einkommensprüfungen, Fördermittelabrechnungen, Rechnungsverarbeitung oder Fristenüberwachung –, dann können wir Spielräume gewinnen. Das Ziel ist eine Aufgabenstabilisierung trotz begrenzter Ressourcen. Neben Digitalisierung und Automatisierung gehört dazu auch, stärker in interkommunalen Strukturen zu denken – etwa bei IT, Beschaffungen oder standardisierten Verfahren. Wo gemeinsame Lösungen sinnvoll sind, sollten wir sie prüfen und umsetzen. Durch die Automatisierung von Routinen und die Verschlinkung von Standardfällen können Ressourcen freigesetzt und gezielt eingesetzt werden.

### ***Bauverwaltung – Tempo ohne Qualitätsverlust***

Wenn wir über Bürokratieabbau sprechen, dann dürfen wir nicht nur nach Berlin oder Düsseldorf schauen. Wir müssen auch in die eigene Bauverwaltung blicken. Gerade im Bereich der Bauanträge können wir Verfahren spürbar beschleunigen – ohne Qualität oder Rechtssicherheit zu gefährden. Ein erster Schritt sind standardisierte Prüfkataloge für typische Vorhaben. Nicht jeder Anbau an ein Einfamilienhaus ist ein komplexer Einzelfall. Nicht jeder Dachausbau, nicht jedes Carport, nicht jede Nutzungsänderung im Bestand erfordert eine komplett neue Abwägung. Wenn wir für solche Standardvorhaben klare, einheitliche Prüfschemata definieren, dann erreichen wir:

- eine gleichmäßige Bearbeitung,
- weniger Ermessensstreuung,
- schnellere Entscheidungen.

Das schafft Planbarkeit – für Antragsteller und für die Verwaltung. Ein zweiter Schritt ist eine Positivliste für genehmigungsfähige Abweichungen. Kleine Überschreitungen der Baugrenze und geringfügige Abweichungen bei der Dachneigung. Solche Fälle führen heute oft zu aufwendigen Befreiungsverfahren und langen Abstimmungsprozessen – obwohl sie städtebaulich kaum ins Gewicht fallen. Wenn wir hier klare Leitplanken setzen, können wir viele Verfahren verkürzen, ohne unsere planerischen Ziele aufzugeben. Das ist kein Abbau von Standards, sondern intelligente Steuerung. Bürokratieabbau heißt nicht: weniger Recht. Bürokratieabbau heißt: klarere Regeln, schnellere Verfahren und weniger unnötige Schleifen. Gerade in Zeiten begrenzter personeller Ressourcen müssen wir uns fragen:

Wollen wir unsere Energie in Routinefälle investieren – oder in die wirklich komplexen, städtebaulich bedeutsamen Projekte? Standardisieren, wo es möglich ist. Konzentrieren, wo es nötig ist. So schaffen wir Tempo – nicht nur im Wohnungsbau – und entlasten gleichzeitig unsere Verwaltung.

In die gleiche Richtung geht der Bau-Turbo: Er gibt uns die Möglichkeit, mit klaren Leitplanken schneller zu entscheiden. Dieses möchten wir ermöglichen. Mit den Zielsetzungen wie Nachverdichtung, Erweiterungen und Umnutzung bestehender Gebäude haben wir uns in den vergangenen Jahren bereits beschäftigt. Der Bau-Turbo erlaubt diese und wir möchten das Verfahren zur schnelleren Umsetzung nutzen. Gerade in einer gewachsenen Stadtstruktur mit begrenzten Neubauf Flächen bietet das erhebliche Potenziale. Nicht jedes Vorhaben braucht monatelange Abstimmungen, wenn es den städtebaulichen Zielsetzungen entspricht. Mit Steuerungsliste, Kriterienkatalog und digitaler Beteiligung schaffen wir Transparenz, Planbarkeit und Tempo – ohne Qualität zu opfern.

### ***Fazit***

Der Haushalt 2026 ist kein einfacher Haushalt. Aber er ist ehrlich, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert. Wir konsolidieren, ohne unsere Stadt kaputtzusparen. Wir investieren, ohne die Realität auszublenden. Und wir übernehmen Verantwortung – auch wenn Entscheidungen nicht populär sind. Wir müssen auf der einen Seite Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen mit der Steuererhöhung in die Pflicht nehmen, um die Handlungsfähigkeit nicht gänzlich aus der Hand zu geben. Auf der anderen Seite investieren wir in Sicherheit und Bildung, halten unsere Stadt handlungsfähig und sichern die Daseinsvorsorge unter Beibehaltung der wenigen freiwilligen Leistungen – trotz schwieriger Rahmenbedingungen von Bund und Land. Für diesen Ausgleich steht die CDU-Fraktion, daher stimmen wir dem Haushaltsentwurf und dem Stellenplan nach den Beratungen und Ergänzungen in den Fachausschüssen zu.

### ***Dank für konstruktive Zusammenarbeit***

Ganz herzlich möchte ich mich bei den Fraktionen bedanken. Die Zusammenarbeit war bereits vor der Wahl sachlich und kollegial und sie hat sich seit meiner Wahl zum Fraktionsvorsitzenden – auch unter schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen – so fortgesetzt. Ebenfalls möchte ich mich bei Bürgermeister Carsten Hövekamp und allen Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit bedanken. Insbesondere für die Aufstellung des Haushaltsentwurfes und die fachliche Begleitung unserer Beratungen. Ganz besonders bedanke ich mich bei unserer neuen Kämmerin Carolin Sowade, ihrem Team und ihrem Vorgänger Christian Röder für die sicherlich nicht vergnügungssteuerpflichtigen Arbeiten zur Aufstellung des Haushaltsentwurfes.

Vielen Dank für Ihre und eure Aufmerksamkeit!